Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4733

13. 06. 89

Antrag

des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Qualitative Veränderung des integrierten Entwicklungsvorhabens Bondoc/ Philippinen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit der Regierung der Philippinen eine qualitative Veränderung des integrierten Entwicklungsvorhabens Bondoc zu vereinbaren. Die bisher darin vorgesehene Straßenbaukomponente soll gestrichen, die dafür vorgesehenen Mittel sollen für Projekte zur unmittelbaren Verbesserung der Lebenssituation der örtlichen Bevölkerung, unter Einbeziehung philippinischer Nicht-Regierungs-Organisationen, zur Verfügung gestellt werden.

Bonn, den 13. Juni 1989

Volmer
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß der Zweck des Projektes die Armutsbekämpfung sei. Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit mit den Philippinen wurden 25 Mio. DM für das Bondoc-Projekt vorgesehen. Davon sind 21 Mio. DM für die Straßenbaukomponente veranschlagt. Dieser Straßenbau ist in der philippinischen Öffentlichkeit heftig umstritten, da das Gebiet Bondoc als eine Bürgerkriegszone mit wiederholten intensiven militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der „New People's Army" (NPA), dem militärischen Arm des oppositionellen Dachverbandes der „Nationalen Demokratischen Front" (NDF), gilt. Der philippinische Verteidigungsminister General Ramos hat in der Presse (Manila Standard vom 4. April 1989) erklärt, daß er durch die Fertigstellung der Straße militärische Erfolge erwartet, da die Armee durch die Erschließung des Gebietes die NPA, die bislang weite Teile der Region kontrolliert, wirkungsvoller bekämpfen könne. Der örtliche Kommandant der NPA hat am 19. Januar 1989 in einem Interview mit Radio 100 (Berlin) erklärt: „Die Bauern brauchen Land, Farm-Werkzeuge zu

erschwinglichen Preisen und andere Hilfestellungen der Regierung, um ihre Produktion zu erhöhen. Doch die Regierung leistet diese Hilfe nicht. Statt dessen wird die Präsenz des Militärs in der Region erhöht. Fast täglich kommt es zu Übergriffen der Soldaten gegen die Landbevölkerung. In dieser Situation hilft der Bau von Straßen den Bauern der Bondoc-Halbinsel nicht. Von diesen Straßen werden allein die Geschäftsleute und das Militär profitieren, nicht die Landarbeiter. Den größten Vorteil hat das Militär, weil es nur über Straßen in das Innere der Bondoc-Halbinsel eindringen und Orte erreichen kann, die den Armee-Fahrzeugen ohne Straßen unzugänglich blieben. Das ist ja der Grund für die Infrastrukturpläne der Regierung, die Bauern haben davon nichts (...). Die zuständigen Leute und Organisationen sollen über die tatsächliche Situation der Menschen auf der Bondoc-Halbinsel Bescheid wissen. Das Straßenbau-Projekt dient nicht der Bevölkerung, sondern dem Counter-Insurgency-Programm der Aquino-Regierung. Deshalb bedauern wir sagen zu müssen, daß wir jeden Versuch, dieses Projekt durchzusetzen, blockieren werden."

Vor dem Hintergrund dieser Aussagen beider im militärischen Konflikt befindlichen Seiten würde das Straßenbauprojekt zwangsläufig zum Bestandteil, bzw. zum Gegenstand militärischer Auseinandersetzungen. In dieser Situation wäre auch die Sicherheit aller am Projekt beteiligten Menschen in hohem Maße gefährdet. Um die militärische Instrumentalisierung von Entwicklungshilfeleistungen zu verhindern, den bestehenden Konflikt in der Region Bondoc nicht zusätzlich zu verschärfen und die Gefährdung von Menschenleben zu vermeiden, ist die Aufgabe der Straßenbaukomponente des integrierten Entwicklungsvorhabens Bondoc notwendig. Da nach Auskunft der Bundesregierung bisher mit ihrer technischen Umsetzung noch nicht begonnen wurde, sondern mit der philippinischen Regierung eine Übereinkunft darüber besteht, daß über ihre Realisierung erst zu einem späteren, noch nicht bestimmten Zeitpunkt entschieden werden soll und sich die philippinische Seite selbst andere Optionen für eine Finanzierung der Straße vorbehalten hat (Drucksache 11/3826), ist die Aufgabe der Straßenbaukomponente ohne technische Probleme und finanzielle Verluste in Absprache mit der philippinischen Regierung sofort möglich.

Da im Rahmen der technischen Zusammenarbeit bereits Projektkomponenten im Bereich der Trinkwasserversorgung, von Basisgesundheitsdiensten und der landwirtschaftlichen Beratung in Angriff genommen worden sind, bestehen gute Voraussetzungen, die so freiwerdenden Mittel unter Einbeziehung von lokalen, von der Bevölkerung anerkannten Nicht-Regierungs-Organisationen, die nicht von Großgrundbesitzern oder vom Staat kontrolliert werden, zügig zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung einzusetzen. Sowohl die philippinische Regierung als auch die NDF/NPA haben deutlich gemacht, daß daran großes Interesse besteht.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333